

**BERICHT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS UND DER  
VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG,  
DR. ANGELA MERKEL MdB.**

**Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren!  
Dieser Parteitag findet nicht zufällig in Düsseldorf statt und es ist großartig, lieber  
Jochen Erwin, was Sie in dieser Stadt geleistet haben und wie Sie wiedergewählt  
wurden. Deshalb möchte ich Ihnen auch von dieser Stelle aus einen ganz herzlichen  
Glückwunsch sagen und Ihnen alles Gute für Ihre Stadt wünschen. Weiter so,  
Jochen Erwin!

(Beifall)

Dieser Sieg in Düsseldorf ist aber nur einer von vielen in diesem Jahr. Wir haben  
2004 mit unserer Mehrheit in der Bundesversammlung den Bundespräsidenten Horst  
Köhler gewählt. Von 14 Wahlen hat Rot-Grün eine halb und 13 ganz verloren. Wir  
dagegen haben eine halb und 13 ganz gewonnen. Ich finde, diese Bilanz kann sich  
sehen lassen.

(Beifall)

Ich danke allen, die dabei mitgeholfen haben, vor allen Dingen Laurenz Meyer und  
der Bundesgeschäftsstelle, ganz herzlich. Weiter so heißt die Devise.

(Beifall)

Nach diesem Jahr sagen wir: Das kann nur der Anfang sein; wir wollen mehr. Wir  
wollen, dass nach fast vier Jahrzehnten roter Regierung endlich der Wechsel im  
stolzen Bundesland Nordrhein-Westfalen eintritt.

(Beifall)

Am 22. Mai des nächsten Jahres geht es um nicht mehr und nicht weniger als um  
eine bessere und erfolgreichere Politik für dieses Land. Lieber Jürgen Rüttgers, liebe

Freunde aus Nordrhein-Westfalen, machen wir uns nichts vor: Unsere Gegner werden mit allen Mitteln, mit fairen und mit unfairen, gegen uns kämpfen. Sie werden ihr angebliches Stammland mit Zähnen und Klauen verteidigen. Geld haben sie im Überfluss, jedenfalls mehr als wir. Wir müssen ihnen aber sagen: Dieses Land gehört nicht den Sozialdemokraten, dieses Land gehört keiner Partei, es gehört nur den Menschen in diesem Land und wir wollen es den Menschen dieses Landes zurückgeben. Wir machen Schluss mit Filz und Arroganz der Macht. Deshalb muss ein Wechsel in Nordrhein-Westfalen kommen.

(Lebhafter Beifall)

Wir, die CDU in den anderen Bundesländern und im Bund, versprechen euch, wir werden euch auf dem Weg zu diesem Ziel mit allen Kräften unterstützen. Von heute an heißt es: Attacke auf die anderen, Feuer eingestellt auf uns selbst. Das muss die Devise der nächsten Monate sein. Attacke auf die anderen, kein Feuer auf uns selbst!

(Beifall)

Denn wir wollen, dass die Delegierten aus Nordrhein-Westfalen auf dem nächsten Bundesparteitag nicht mehr nur von ihrem Landesvorsitzenden angeführt werden, wir wollen, lieber Jürgen Rüttgers, dass die Delegierten dieses Landes dann von einem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers angeführt werden und die stolzeste Truppe auf dem ganzen Parteitag sein können. Das ist unser gemeinsames Ziel von Schleswig-Holstein bis nach Baden-Württemberg.

(Beifall)

Aber wenn wir uns heute hier in Düsseldorf treffen, dann erinnern wir uns auch daran, wofür Düsseldorf noch steht. Diese Stadt weist auf die Wurzeln unserer Christlich Demokratischen Union hin. Vor 55 Jahren, am 15. Juli 1949, verabschiedete der Wirtschaftsausschuss der CDU in der britischen Besatzungszone die Düsseldorfer Leitsätze. Sie waren auf die soziale Marktwirtschaft gerichtet. Darin heißt es, ich zitiere:

Die soziale Marktwirtschaft ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt.

Liebe Freunde, wir christlichen Demokraten haben diese soziale Marktwirtschaft politisch entwickelt. Wir haben sie gegen heftige Widerstände durchgesetzt. Wir haben sie in der Regierungsverantwortung immer wieder ausgestaltet. Wir haben sie weltweit zu einem Vorbild als Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell gemacht. Sie war Fundament unserer Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik im letzten halben Jahrhundert. Deshalb ist es auch jetzt, im 21. Jahrhundert, wieder unsere Aufgabe, die soziale Marktwirtschaft neu wirksam werden zu lassen. Wir spüren, dass wir dann, wenn wir sie wirksam werden lassen wollen, das Vertrauen der Menschen dafür neu gewinnen müssen.

Genau deshalb haben wir vor einem Jahr wichtige Entscheidungen in Leipzig getroffen. Leipzig war wegweisend für ein grundlegend neues Einkommensteuerrecht und für die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Ich sage – ich hoffe, in Ihrer aller Namen –: Darauf sind wir stolz und wir sind zu Recht darauf stolz, dass wir uns dieser Arbeit unterzogen haben.

(Beifall)

Ich sage aber genauso: Wir dürfen bei Leipzig nicht stehen bleiben. Wir dürfen uns nicht zufrieden geben. Viele haben hinterher gesagt, Leipzig sei zu hart, zu kalt und zu konsequent. Ich bin überzeugt, die Lage unseres Landes ist so, dass wir gar nicht konsequent genug sein können. Inkonsequente Politik hat dieses Land lange genug gehabt. Deshalb haben wir ja die Probleme und deshalb belasten wir die Schwachen.

(Beifall)

Ich sage: Nichtstun und inkonsequentes Handeln ist das Herzloseste, was wir in diesem Land machen können, deshalb müssen wir es anders machen.

(Beifall)

Deshalb gilt: Wir dürfen bei Leipzig nicht stehen bleiben. Leipzig war eine wichtige Etappe, aber eben nur eine Etappe. Die Schritte, die dort getan wurden, waren allesamt unverzichtbare und notwendige Einzelschritte - bei Steuern, Gesundheit, Rente und Pflege. Es waren Einzelschritte, die uns zum Teil in völlig unbekanntes Gelände geführt haben. Deshalb waren und sind sie mutig. Aber reicht das in unserer heutigen Zeit für unser Land, für unsere Partei aus? Ich sage dazu ein ganz klares Nein.

Wir haben einen anderen Anspruch als Schröder und die Seinen. Er konnte sich 1998 damit zufrieden geben, zu sagen, er mache nicht alles anders, aber vieles besser. Wir können das angesichts der Lage in unserem Land mit Sicherheit nicht. Nein, wir sagen den Menschen: Wir machen es grundlegend anders, damit es in diesem Land wieder grundlegend besser wird. Das ist unsere Botschaft.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn ich über diesen unseren Anspruch spreche, heißt es ja oft - Sie kennen das sicherlich auch alle -: Dieser generelle Anspruch ist schön und gut, aber bei der Lage, in der sich das Land befindet, angesichts der bestehenden Probleme könnt ihr doch eigentlich froh sein, dass ihr nicht regieren müsst. Man kann sich eigentlich doch nur wegducken. Wie könnt ihr da von Chancen sprechen? Lasst doch die anderen die Kohlen aus dem Feuer holen. – Da wird dann geargöhnt: Euch geht es doch eigentlich auch nur um Posten und Ämter. – Man will wissen, was uns bei dieser Lage des Landes und in dieser Zeit antreibt, dieses Land regieren zu wollen. Wisst ihr, so werden wir gefragt, wohin ihr dieses Land führen wollt? Genau auf diese Frage wollen die Menschen eine Antwort, und zwar nicht irgendwann, sondern hier und heute auf diesem Parteitag in Düsseldorf, und zwar auch im Blick auf morgen. Warum wollen wir dieses Land regieren und wohin wollen wir es führen? Diese Frage haben wir gegenüber den Menschen zu beantworten.

(Beifall)

Wie ist die Lage? Wie ist die Bilanz nach sechs Jahren Rot-Grün? Ganz nüchtern: Wir haben weniger Wachstum als alle anderen Länder. Wenn ich „alle anderen Länder“ sage, meine ich alle anderen 24 Länder der Europäischen Union. Aus dem ohnehin nur bescheidenen Wachstum machen wir zu wenig. Wir haben nicht eine stagnierende Arbeitslosigkeit; wir haben eine immer noch steigende Arbeitslosigkeit. Sie ist die größte Geißel für die Menschen in unserem Lande. Das Deprimierendste aber ist dies: Schulden über Schulden. Die Bundesregierung verbrennt das Holz, mit dem sich unsere Kinder und Enkel ihre Häuser bauen wollen. Das heißt nichts anderes, als dass sie die Zukunft der heranwachsenden Generationen zerstört.

(Beifall)

Wenn wir das - kein Wachstum oder zu wenig Wachstum, steigende Arbeitslosigkeit und Schulden - zusammen nehmen, ergibt sich als bittere Wahrheit nach sechs Jahren Rot-Grün nichts anderes, als dass wir von der Substanz leben. Deutschland lebt im Augenblick von der Substanz. Die SPD hat Sicherheit im Wandel versprochen. Was aber erleben die Menschen? Sie erleben den Wandel von Sicherheit zu Unsicherheit, den Verlust von vertrauten Strukturen und Verzagtheit. Wir wissen doch: Die Menschen wollen auf ihre Leistungen und auf ihr Land stolz sein können. Was aber erfahren sie? Sie erfahren, dass man sie beleidigt und ihnen vorwirft, sie redeten unser Land schlecht.

Nein, liebe Freunde, niemand, der berechtigte Kritik an dieser Bundesregierung übt, redet unser Land schlecht. Unserem Land geht es schlecht, weil unser Land unter Wert regiert wird. Das muss man aussprechen. Das ist die Wahrheit. Das muss die Bundesregierung aushalten, liebe Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Weil dieses Land unter Wert regiert wird, muss mit dieser Bundesregierung Schluss sein, und zwar spätestens im September 2006. Das ist unser Auftrag.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Die Aufgabe, die vor uns steht, ist gewaltig. Acht Jahre wird sich diese Regierung dann mit Versprechungen und Prophezeiungen, die nicht Wirklichkeit wurden, durchlaviert haben. Acht Jahre wird sich diese Bundesregierung mit einem Bundeskanzler durchlaviert haben, der glaubt, sich permanent neu erfinden zu müssen. Waren es vor ein paar Jahren die Cousinen im Osten, so ist er jetzt auf den Hund mit der Zipfelmütze gekommen. Das alles geschieht immer auf der Suche nach neuen Schlagzeilen. Das zerstört die Sehnsucht der Menschen nach Orientierung. Der Vertrauensverlust ist so gravierend, dass er kaum noch ausgeglichen werden kann. Das ist ein wirkliches Problem. Dieser Vertrauensverlust hat dazu geführt, dass das Wort Reform völlig diskreditiert ist. Deshalb ist es unsere Aufgabe, dass wir das Wort Reform erst einmal wieder ehrlich machen müssen, damit die Menschen wieder das verstehen, was darin steckt. Die spannende Frage an uns alle ist: Haben wir den Mut dazu, das Wort Reform ehrlich zu machen? Liebe Freunde, die Versuchung für uns war und bleibt groß. Angesichts der gegenwärtigen Probleme und der jetzigen Bundesregierung wäre es für uns ein Leichtes gewesen, einfach auf Blockade zu machen, eine Blockadepolitik im Sinne Lafontaines – wir haben das ja schon erlebt – zu betreiben.

Ich sage aber klipp und klar: Das war und das ist mit uns nicht zu machen. Warum ist es mit uns nicht zu machen? Es ist deshalb mit uns nicht zu machen, weil uns an unserem Land etwas liegt. Wir wollen etwas für Deutschland tun. Das ist das, was uns antreibt. Deshalb darf Taktik nicht die Oberhand gewinnen. Wir tun bloß das, was Deutschland gut tut, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Überzeugung, dass wir so handeln müssen, entsteht aus einer grundlegenden Erfahrung. Wir wissen: Es lohnt sich, etwas zu tun, denn dort, wo wir regieren, sind die Länder erfolgreicher. Unsere Länder sind im wirtschaftlichen Wachstum vorne. Ich nenne hier Baden-Württemberg und Bayern und unter den neuen Bundesländern Sachsen und Thüringen. Wenn wir uns angucken, wo die Schlusslichter sind, ist

festzustellen, dass Schleswig-Holstein leider noch dazugehört. Deshalb, lieber Peter Harry Carstensen, sage ich an dieser Stelle: Nur wenige Bundesländer warten länger auf einen Schub als Schleswig-Holstein. 17 Jahre SPD-Herrschaft sind genug. Lieber Peter Harry Carstensen, du verkörperst die Zuversicht und die Tatkraft, die das Land Schleswig-Holstein jetzt braucht. Du strahlst die Fröhlichkeit und die Verbindlichkeit aus, mit der wir die Menschen für unsere gemeinsame Sache gewinnen können. Liebe Freunde aus Schleswig-Holstein, ich bin mir deshalb ganz sicher: Im nächsten Jahr haben wir die Chance, es zu packen, haben wir die Chance, die jetzige Ministerpräsidentin durch einen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen abzulösen. Deshalb heißt es am 20. Februar 2005: frischer Wind, klar zur Wende, Schluss mit Rot-Grün in dem Land zwischen den Meeren, volle Kraft voraus, Schleswig-Holstein! Das ist das, was wir als gemeinsames Signal brauchen und was wir wollen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Zu wissen, dass dort, wo wir regieren, die Dinge besser sind, gibt uns auch genau die Kraft, im Bund mit einer klaren Alternative anzutreten. Rot-Grün dreht sich wie ein Hamster im Laufrad. Das Ergebnis ist so eindeutig wie ernüchternd. Dieses Land kommt nicht von der Stelle: Stillstand statt Fortschritt, Mittelmaß statt Spitzenplatz.

Deutschland aber, liebe Freunde, hat es nicht verdient, Mittelmaß zu sein. Deutschland darf sich niemals mit dem Mittelmaß abfinden. Wir sind doch nicht dazu verdammt, im unteren Bereich der Mittelklasse zu spielen. Deutschland muss wieder nach oben wollen. Das muss es aber auch können. Man darf ihm nicht Knüppel zwischen die Beine werfen. Deutschland muss den Willen haben, aus dem unteren Mittelfeld herauszukommen. Das ist das Allerwichtigste und dafür werden wir uns einsetzen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir müssen sehr aufpassen, dass es nicht in Ablenkungsmanöver getrieben wird.

Wir alle wollen natürlich – wer wollte das nicht? – im Jahr 2006 Fußballweltmeister werden. Aber darin allein kann sich unser Ehrgeiz nicht erschöpfen. Damit kein Missverständnis entsteht: Es ist genau die Einstellung von Jürgen Klinsmann und Oliver Bierhoff, die dieses Land braucht. Optimismus, Tatkraft, Zuversicht und neue Ideen, darum geht es. Es geht nicht um Resignation, Grieskrämerei, nicht darum, sich zufrieden zu geben mit dem Mittelmaß, sondern um Optimismus, Zuversicht, Streben nach einem Spitzenplatz, danach, sich hohe Ziele zu stecken und diese unbeirrt und konsequent zu verfolgen. So können wir im Jahr 2006 tatsächlich Fußballweltmeister werden. So liebe Freunde, können wir aber auch noch mehr erreichen. Ich will, dass sich die Menschen über den Sieg der Fußballweltmeisterschaft freuen. Ich will aber genauso, dass sie sich darüber freuen, wieder Arbeit zu haben. Ich will, dass sie sich über den Sieg der Fußballweltmeisterschaft freuen, aber ich will auch, dass sie wieder mehr Geld in der Tasche haben. Das bedeutet: Deutschlands Weg darf sich nicht in einem Feld bewegen. Es muss ein umfassender Weg nach oben sein, damit alle Menschen etwas davon haben: Freude, mehr Wohlstand, Glück in diesem Land. Das ist die Aufgabe, der wir uns verpflichtet fühlen.

(Beifall)

Immer einmal mehr Aufstehen als Hinfallen – das muss unser Motto sein auf dem Weg nach oben. Dann können wir den Wiederaufstieg unseres Landes beginnen. Dann kann Deutschland wieder nach vorne gehen. Vor allen Dingen bleibt es dann nicht stehen. Dafür brauchen wir ein klares Ziel. Ich bin überzeugt: Deutschland soll, nein, Deutschland kann in zehn Jahren wieder unter einem der ersten drei Plätze in Europa sein, bei Wachstum, bei Investitionen, bei Bildung und Ausbildung, aber vor allem bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das ist der Schlüssel für unser Land, um in zehn Jahren wieder unter einem der ersten drei Plätze in Europa zu sein in der Frage, wie viele Menschen Arbeit haben, wie gering die Arbeitslosigkeit ist. Dieses Ziel sollten wir uns setzen.

(Beifall)

Natürlich müssen alle Kräfte auf dieses Ziel gerichtet sein, die Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Rot-Grün fehlt dazu die Kraft. Wir müssen daher den Menschen zeigen, dass wir diese Kraft haben, dass wir die Chancen unseres Landes erkennen und – denn das reicht nicht – dass wir zeigen, dass wir die Chancen dieses Landes nutzen, wie es auch das Motto unseres Parteitags ist. Dabei haben wir keine Zeit zu verlieren.

Ich komme auf meine Ausgangsfrage zurück: Wohin wollen wir dieses Land führen? Können wir die Menschen mit unserer Antwort schon restlos überzeugen? Nimmt man uns ab, dass wir nicht auch in Wolkenkuckucksheime und auf Nebenkriegsschauplätze flüchten, weil wir Angst haben, dass die Menschen von Reformen die Nase voll haben? Ich bin fest davon überzeugt: Wenn auch nur der leiseste Eindruck entsteht, dass dies richtig sein könnte, wenn es scheint, dass wir eigentlich alle – ob Rot-Grün oder wir – in einen Topf geworfen werden können, dann werden sich die Leute von uns abwenden. Dann hätten wir schon verloren. Deswegen sage ich: Ich will keine Ausflüchte und kein Ausweichen auf Nebenkriegsschauplätze. Ich will, dass wir zum Kern dessen vordringen, was unser Land braucht. Das, was unser Land braucht, ist, was im Interesse unseres Landes ist.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir erleben dieser Tage hochinteressante Wortbeiträge. So hat uns der Bundeskanzler am Samstag erklärt: „Patriotismus ist das, was ich jeden Tag tue“. Ich frage den Bundeskanzler: Ist es patriotisch, dass in Deutschland jeden Tag 1 000 Arbeitsplätze verloren gehen? Ist es patriotisch, dass in unserem Lande 5 bis 6 Millionen Menschen ohne Arbeit sind? Ist es patriotisch, dass die Zahl der Insolvenzen mittelständischer Betriebe noch nie so hoch war wie heute? Ist es patriotisch, dass wir wegen eines winzigen einmaligen Effekts überlegen, den 3. Oktober als Feiertag abzuschaffen? Ist es patriotisch, dass wir in Europa nun schon zum vierten Mal den EU-Stabilitätspakt gefährden, dass wir auf Kosten unserer Kinder leben? Nein, liebe Freunde, das kann nur sozialdemokratischer Patriotismus sein. Mit einer solchen Vorstellung von Patriotismus haben wir nichts zu tun.

(Anhaltender Beifall)

Mit einer solchen Vorstellung von Patriotismus haben wir deshalb nichts zu tun, weil es eine Politik ist, die deutsche Interessen kaputt macht und den Patriotismus ad absurdum führt.

Ich will etwas anderes. Ich will, dass deutsche Interessen wieder beachtet und geachtet werden. Ich bin es satt, überall zu lesen, dass wir der kranke Mann in Europa sind. Ich kann den Begriff „Schlusslicht in Europa“ nicht mehr hören. Ich sage Ihnen ganz persönlich: Ich gebe mich nicht mit „Mittelmaß statt Spitzenplatz“ zufrieden. Ich bin 35 Jahre lang nach Budapest, Prag und Warschau gereist – weiter sind wir nicht gekommen -, ich habe nette Westdeutsche getroffen und nette Ausländer aus dem westlichen Ausland. Ich bin immer wieder auf eine Tasse Kaffee eingeladen worden, wurde zum Schluss aber immer etwas mitleidig verabschiedet. Liebe Freunde, ich möchte nie wieder ins Ausland fahren und gefragt werden: Was ist bloß los mit euch Deutschen? Was ist mit euch passiert? Ich möchte, dass Deutschland wieder zum bzw. zu einem Motor in Europa wird, damit es uns gut geht und damit es Europa gut geht. Wir haben es nicht verdient, mitleidig angeguckt zu werden. Davor müssen wir uns verwahren, liebe Freunde.

(Beifall)

Meine persönliche Erfahrung ist: Früher, in der ehemaligen DDR, durfte ich nicht von Deutschland reden; das gilt auch für viele andere. Wir sollten DDR-Bürger sein und nicht etwa Deutsche. Durch die Wiedervereinigung wurde es möglich, frei über Deutschland zu sprechen. Das ist einer unserer Gewinne; davon lassen wir uns durch nichts abbringen. Wir im Osten haben danach dramatische Veränderungen erlebt. Dies waren keine planlosen oder ziellosen Veränderungen; sie haben vielmehr auf dem aufgebaut, was vorher in der alten Bundesrepublik gewachsen war, und ebenso auf dem, was in den Menschen aus den neuen Bundesländern steckt. Es ist deshalb meine persönliche Erfahrung, sich zu Deutschland bekennen zu dürfen. Veränderungen zum Guten sind für mich zwei Seiten ein und derselben Medaille. Deshalb bin ich überzeugt, dass ein schlüssiger Reformweg Deutschland wieder nach oben führt. Es geht nicht um Großmannssucht, auch nicht um einen Selbstzweck. Es geht einzig und allein um das Wohl der Menschen in unserem Land.

(Beifall)

„Schöne Worte“, werden jetzt manche sagen. „Aber wie soll das gehen in einer Zeit, in der doch kein Stein auf dem anderen zu bleiben scheint?“ Der Einfluss der Weltwirtschaft, der globale Wettbewerb, die technologische Revolution hin zur Informations- und Wissensgesellschaft, die demographischen Vorgaben für die nächsten 40 Jahre, all das ist bekannt und geschieht, ob es uns passt oder nicht.

Kann Politik unter solchen Umständen überhaupt noch etwas gestalten?

Dazu sage ich wieder sehr deutlich: Ein Zurück zur so genannten guten alten Zeit ist unmöglich. Wir können und dürfen uns nicht verzweifelt an Gewohnheiten festhalten. Politik mit Gestaltungsanspruch klammert nicht. Politik mit Gestaltungsanspruch stellt alles auf den Prüfstand und sie tut dies zukunftsgerichtet. Sie bewahrt und sie verändert.

Deshalb sollten wir uns - gleichsam als unsere Definition von Reform - etwas vornehmen: Lasst uns bewahren, was das Land voranbringt! Lasst uns verändern, was das Land belastet! Noch einmal: bewahren, was das Land voranbringt, verändern, was es belastet.

Wie stellen wir dann fest, dass wir dieser Maxime wirklich konsequent folgen? Was ist für uns der Maßstab? Ich glaube, indem wir uns in unserem Leben und Handeln an dem orientieren, was immer gilt; was ist das, was immer gilt?

Erstens die Freiheit: Denn der Mensch ist zur Freiheit geboren. Dazu müssen wir unseren Staat wieder erfolgreich machen. Er ist - das ist meine feste Überzeugung - überfordert worden. Ein überforderter Staat kann kein starker Staat sein. Deshalb können wir uns nicht vor wichtigen Richtungsentscheidungen drücken: Wollen wir die Regeln des Arbeitsmarktes so verändern, dass Deutschland den Weg in die Wissens- und Informationsgesellschaft schafft? Oder wollen wir alles so lassen, wie es war, und dann zuschauen, wie Menschen, die darauf vertrauen, dass sie bis ans Ende ihres Arbeitslebens einen Arbeitsplatz haben, plötzlich zu Tausenden auf der

Straße stehen und mit 50 keine Chance mehr haben, aus ihrem Leben und der Arbeit noch etwas zu machen?

Nehmen wir drei Beispiele: erstens ein Unternehmen wie die Firma Dräger Medical in Schleswig-Holstein, ein klassisches Beispiel für den deutschen Mittelstand mit 5 000 Mitarbeitern, Wachstumsmarkt Medizintechnik, 17 Prozent niedrigere Lohnkosten in Tschechien. Deshalb die Frage: Müssen diese Arbeitsplätze nach Tschechien verlagert werden? Die Firmenleitung wollte die Arbeitsplätze in Deutschland halten. Es ging noch nicht einmal um Lohnverzicht, sondern um flexiblere Arbeitszeiten. Was macht die IG-Metall-Zentrale? Sie, die Zentrale der IG Metall, hat es zu verantworten, dass bis heute kein betriebliches Bündnis für Arbeit zustande kam. Die rot-grüne Landesregierung stellt sich daneben und beschimpft in dieser Frage die Firmenleitung statt die IG Metall. Ich sage: Das ist ein Grund mehr für den Wechsel in Schleswig-Holstein, damit solche Dinge wieder ins Klare kommen.

(Beifall)

Ich nenne ein gegenteiliges Beispiel: Es kann etwas anderes erreicht werden, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Christian Wulff macht das in Niedersachsen vor,

(Vereinzelt Beifall)

zum Beispiel bei dem Unternehmen Symrise. Symrise - die Niedersachsen wissen das - ist der weltweit viertgrößte Anbieter von Duft- und Geschmacksstoffen. Da konnte zusammen mit der Betriebsleitung, der Belegschaft und der IG BCE erreicht werden, dass Nullrunden eingerichtet und längere Arbeitszeiten vereinbart wurden. Das alles war möglich, weil Christian Wulff als kluger Moderator genau diesen Prozess befördert hat. Hier wurden 2 000 Arbeitsplätze für Deutschland gerettet. Das zeigt, dass Politik gestalten kann. Das zeigt, was Politik erreichen kann. Das zeigt: Wo wir regieren, geht es besser.

(Beifall)

Liebe Freunde, Roland Koch hat doch völlig Recht, wenn er sagt, Sozialhilfe müsse „eine zweite Chance, kein Lebensstil“ sein. Viele haben ihn angefeindet, als er mit dem Wisconsin-Modell von Fordern und Fördern in Hessen dafür geworben hat, mit der Daueralimentierung Schluss zu machen und Menschen wieder eine Chance zu geben. Dieser Gedanke hat sich am Ende in mühseligen Verhandlungen teilweise durchgesetzt. Ich sage Ihnen: Er wird sich ganz durchsetzen. Denn es ist doch richtig, dass bei aller Unterstützung, die viele Menschen brauchen, jeder, der gesellschaftliche Unterstützung in Anspruch nimmt, erst einmal die Pflicht hat, seinen Beitrag zu leisten und seiner Gesellschaft zu helfen. Das muss sich durchsetzen, liebe Freunde. Das ist der Gedanke.

(Beifall)

Die Dinge sind trotz der Kompliziertheit der Globalisierung sehr überschaubar. Wir können uns vor bestimmten Fragen nicht drücken. Wenn wir uns drücken, profitieren andere außerhalb unseres Landes davon. Wir brauchen ein modernes System der Lohnfindung mit betrieblichen Bündnissen für Arbeit. Wir müssen einen gelockerten Kündigungsschutz für Neueinstellungen durchsetzen. Das Kündigungsschutzrecht darf sich in Deutschland nicht länger gegen die Arbeitslosen richten, liebe Freunde. Arbeitslose müssen eine Chance bekommen. Wir sind für alle Menschen verantwortlich und vor allen Dingen für die 5 bis 6 Millionen Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb folgen wir dem Prinzip: Sozial ist vor allem, was Arbeit schafft. Für uns gilt der Grundsatz: Arbeit für alle ist das Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Der Kapitalismus kennt das Ziel „Arbeit für alle“ nicht. Für die Soziale Marktwirtschaft aber gilt - das macht die Soziale Marktwirtschaft als Gesellschaftsmodell stark -: Jeder wird gebraucht; keiner darf ausgegrenzt werden. Alle leisten entsprechend ihren Möglichkeiten ihren Beitrag. Das müssen wir in das 21. Jahrhundert weiterentwickeln. Das muss uns treiben.

Liebe Freunde, eine Anmerkung am Rande: Der Bundeskanzler hat uns mitgeteilt, Deutschland habe den flexibelsten Arbeitsmarkt in Europa. Man müsse sich mit den Dingen nur ausreichend beschäftigen. Liebe Freunde, ich habe immer wieder daran gezweifelt, ob Erich Kästner Recht hat. Aber in diesem Fall scheint es doch richtig zu sein. Er hat gesagt: Wem Gott ein Amt gibt, dem raubt er den Verstand. Ich glaube, das ist in diesem Falle geschehen. Deutschland hat nicht das flexibelste Arbeitsrecht. Wenn wir uns in die Tasche lügen, dann werden wir überhaupt nicht vorankommen und der Rest Europas wird von unseren Arbeiten profitieren.

(Beifall)

Manchmal kann man es doch selbst kaum glauben - ich glaube, wir sollten uns das nüchtern vor Augen führen -, welche Zukunftsblockaden sich zusammengeballt haben. Wir müssen im wahrsten Sinne des Wortes - ich sage das aus Überzeugung, weil wir es schon einmal geschafft haben - wieder Mauern durchbrechen, Mauern, die unüberwindbar erscheinen. Wenn wir das tun - das ist die Verheißung, die Möglichkeit, die sich eröffnet -, dann werden wir von den Chancen des Wandels profitieren. Aber wir müssen den Mut dazu aufbringen.

Liebe Freunde, es ist richtig, dass in der Bundesrepublik Deutschland die Finanzbeziehungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihrem Staat unattraktiv, unübersichtlich und für viele nicht mehr erkennbar sind. Genau deshalb müssen wir das, was eine Urbeziehung des Bürgers zu seinem Staat ist, wieder in ein faires Verhältnis bringen.

Deshalb haben wir gesagt: Wir brauchen eine transparente, gerechte und einfache Besteuerung. Wir brauchen eine große Steuerreform. Das Konzept von Friedrich Merz ist und bleibt bahnbrechend. Lieber Friedrich, dafür bist du zu Recht von der Initiative Soziale Marktwirtschaft als „Reformer des Jahres“ ausgezeichnet worden. Darauf kannst du stolz sein. Darauf sind wir alle stolz. Herzlichen Dank dafür!

(Anhaltender Beifall)

Die Weichenstellung dieses Steuerreformkonzepts ist unumkehrbar. Sie war Voraussetzung für den Merz/Faltrhauser-Beschluss, den CDU und CSU gemeinsam gefasst haben. Ich glaube, entscheidend ist, dass es uns gelungen ist - auch wenn manch einer vielleicht enttäuscht war, dass es nicht die hundertprozentige Lösung ist -, die Weichen richtig zu stellen. Genau das haben wir – davon bin ich überzeugt – geschafft.

Und was macht Rot-Grün? Man wird ja wohl mal fragen dürfen. Die Antwort ist komplettes Schweigen im Walde. Rot-Grün scheint offensichtlich der Meinung zu sein, das Getane sei im Großen und Ganzen ausreichend. Was zeigen sie damit? Sie zeigen damit, dass sie immer noch nicht verstanden haben, mit welchem Ausmaß an Misstrauen die Menschen unserem Staat begegnen, weil sie just dieses Steuerrecht nicht verstehen.

Deshalb geht es nicht nur um ein Gesetz, nicht nur um fiskalische Beziehungen. Es geht um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihren Staat. Deshalb werden wir 2006 mit einer klaren Alternative in die Wahl gehen und Herrn Eichel und Herrn Schröder fragen: Was wollt ihr am deutschen Steuersystem ändern? – Bisher Fehlanzeige. Wir haben etwas auf dem Papier und das werden wir selbstbewusst vorzeigen, komplettiert um eine Unternehmensteuerreform, die wir im nächsten Jahr noch erarbeiten. Das ist unser Auftrag für die Wahl 2006, liebe Freunde.

(Beifall)

Was für die Steuer gilt, das gilt auch für die sozialen Sicherungssysteme. Deshalb haben wir vor fast genau einem Jahr in Leipzig den Umstieg aus dem bisherigen Krankenversicherungssystem in ein Gesundheitsprämienmodell beschlossen. Dass uns dies gelungen ist, hat – das möchte ich ausdrücklich noch einmal hervorheben – mit vielen zu tun, ganz besonders mit unseren Freunden aus der CDA und aus der MIT, weil beide aus ganz unterschiedlichen Positionen heraus genau für dieses Konzept gekämpft haben. Deshalb, lieber Hermann-Josef Arentz, lieber Peter Rauen, ganz herzlichen Dank dafür, dass wir das gemeinsam mit allen Flügeln unserer Partei durchziehen konnten.

(Beifall)

Liebe Freunde, mit dem vor wenigen Tagen von CDU und CSU gefundenen Kompromiss ist es nun nicht mehr nur die CDU alleine, die die Weichen unumkehrbar in Richtung Prämie gestellt hat. Jetzt sind es CDU und CSU gemeinsam, die den Wandel im Gesundheitsbereich mit der Einführung einer solidarischen Gesundheitsprämie gestalten können. Wir haben uns immer gefragt: Was sind die Alternativen zu einem Systemwechsel im Gesundheitsbereich? Wir wissen doch: Entweder steigen die Lohnzusatzkosten oder der Abbau von Arbeitsplätzen oder die Kürzung von Leistungen. Jeder weiß aus seiner Familie, seinem Freundes- oder Bekanntenkreis, dass schon heute im Gesundheitssystem zum Teil massiv unterschiedliche Maßstäbe angewendet werden. Deshalb muss Spitzenmedizin für alle unser Credo sein. Daran führt kein Weg vorbei, wenn wir mit Recht das „C“ in unserem Namen weitertragen wollen.

(Beifall)

Was erleben wir in diesem Fall wieder bei Rot-Grün? Vorletzte Woche hatten wir Haushaltsdebatte. Meine Damen und Herren, ich und die gesamte CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben dem Bundeskanzler die ganze Zeit zugehört. Es wäre doch der Tag gewesen, an dem er die Auseinandersetzung zwischen uns und denen, die die Bürgerversicherung wollen, hätte führen können. Er hätte uns mit den schönsten Worten erklären können, was diese Bürgerversicherung bedeutet. Aber Schröder hat geschwiegen. Er hat geschwiegen, weil er im Herzen weiß, dass er sich für diese Bürgerzwangsversicherung schämen muss. Das ist die Wahrheit, liebe Freunde: Es ist vielleicht eine schöne Sprache, aber es ist ein untaugliches Modell, weil es Zwang, Kollektivierung und Einheitskasse bedeutet und nicht die Vielfalt, nicht die Spitzenmedizin, nicht die Entkopplung von den Lohnkosten, nicht mehr Arbeitsplätze. Weil er das weiß, kann er den Mund nicht aufmachen. Das ist ein schöner Bundeskanzler, der nicht einmal zu seinen eigenen Konzepten steht, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Natürlich ist auch hier wieder wahr: Sachverständige und viele, die das Modell der Gesundheitsprämie überzeugend finden, haben sich mehr erhofft als das, was wir als CDU/CSU-Kompromiss beschlossen haben. Das stelle ich gar nicht in Abrede. Aber eines steht für mich genauso außer Zweifel: Die gesamte Fachwelt ist der Überzeugung, dass zur Zukunft des deutschen Gesundheitswesens nur das Modell einer Prämie beitragen kann. Ebenfalls steht für mich außer Zweifel, dass wir mit unserem Kompromiss, für den wir jetzt gemeinsam eintreten können, eine unumkehrbare Weichenstellung geschafft haben; unumkehrbar heraus aus dem alten System hin zur Entkopplung von den Arbeitskosten – vielleicht nicht ausreichend für manch einen, aber unumkehrbar – und zu mehr Transparenz und Wettbewerb im Gesundheitssystem. Das werden wir der Bürgerzwangsversicherung, so schemenhaft sie auch auf den Plan kommt, ganz offensiv entgegenstellen und die Menschen fragen, was sie eher wollen: Sichere Spitzenleistungen, mehr Transparenz, mehr Wettbewerb, mehr in der Tasche für den Leistungsträger, soziale Unterstützung derer, deren Prämie höher wäre als 7 Prozent ihres Einkommens, oder einen Weg in die Kollektivierung und die Zweiklassenmedizin? Ich bin ganz gewiss: Diese Schlacht können wir sehr gut gewinnen. Wir haben eine Alternative im Steuer- und im Gesundheitsrecht; und die werden wir in die Waagschale werfen, wenn es um die Wahl 2006 geht, liebe Freunde.

(Beifall)

Soziale Sicherungssysteme und Steuerrecht sind wichtige Themen – und Reformen sind richtig. Aber wir brauchen in Deutschland vor allen Dingen – davon hängt unser Wohl und Weh ab – neue Stärken. Die Bundesregierung hat das Jahr 2004 zum Jahr der Innovationen gemacht. Das ist im Grundsatz richtig. Aber das Jahr der Innovationen ist das Jahr der Fehlanzeige geworden. Schauen Sie sich das Gentechnikgesetz an – eine einzige Verhinderungsstory. Schauen Sie sich das Chemikalienrecht in Europa an:– Verhandlungsführer ist ein Bundesumweltminister, der, wenn er sich gerade nicht mit dem Dosenpfand beschäftigt, alles daransetzt, die Chemieindustrie aus Deutschland zu vertreiben. Die forschende Arzneimittelbranche, die pharmazeutische Industrie, eine unserer Schlüsseltechnologien, ist mit den Preisregelungen absolut unzufrieden und wird aus Deutschland vertrieben.

Liebe Freunde, ich spreche schon gar nicht mehr darüber, dass wir den gesamten Kompetenzvorsprung in der Nukleartechnik bei den Kernkraftwerken abgeben. In den nächsten Jahren werden in China mindestens 17 neue Kernkraftwerke gebaut. Der Bundeskanzler hält sich dieser Tage gerade dort auf. Meine Damen und Herren, es ist schön, wenn wir einen Auftrag für Windmühlen bekommen; es ist gut, wenn wir U-Bahnen bauen. Aber wenn wir außerdem auch noch Kernkraftwerke bauen könnten, dann wären wir allemal besser dran und hätten mehr Arbeitsplätze in Deutschland. Das ist es, was wir einfordern müssen: neue Technologien in allen Bereichen, liebe Freunde!

(Beifall)

Die Frage – das müssen wir den Menschen immer wieder sagen, denn ich glaube, dass das noch nicht ausreichend verstanden ist – , welche Rolle Forschung, Technologie und Innovation spielen, ist nicht irgendeine Frage. Schauen wir in unsere Länder, zum Beispiel nach Bayern. Da muss man die bayerische Hartnäckigkeit von Edmund Stoiber bewundern. Ich sage ganz ehrlich, ich bewundere sie nicht immer, lieber Generalsekretär, aber in diesem Falle ausdrücklich. Durch diese Hartnäckigkeit ist der modernste Forschungsreaktor der Welt nach München gekommen. Ohne Edmund Stoiber wäre es vollkommen ausgeschlossen gewesen, in dieser Republik einen solchen Forschungsreaktor zu installieren. Ein klassisches Beispiel: Wo wir regieren, geht es besser, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich gehe vom Süden in den Norden. Ole von Beust hat dafür gesorgt, dass – ich habe den Eindruck, die Sache ist durch – der A 380 in Hamburg gebaut werden kann.

(Beifall)

Das ist eine klassische Situation. In Toulouse rührt natürlich keiner einen Finger, damit in Hamburg Arbeitsplätze entstehen. Das müssen wir selber machen; das müssen diejenigen machen, die Verantwortung tragen. Da, wo unsere

Ministerpräsidenten Verantwortung tragen, geschieht das. Ole von Beust hat das gemacht.

Obwohl im Übrigen nicht alles populär ist, was in dem Zusammenhang gemacht werden musste, ist – ein ganz erstaunlicher Vorgang – Ole von Beust beliebt, liebe Freunde. Das heißt also, die Menschen wissen schon, wer sich für die wichtigen Sachen einsetzt. Dem trauen sie etwas zu, auch wenn sie manchmal Kritik üben. Das ist dein Verdienst, lieber Ole. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

So macht es auch Roland Koch seit Jahren mit der neuen Startbahn des Frankfurter Flughafens. 100 000 Arbeitsplätze können dort entstehen, direkt bzw. indirekt. Liebe Freunde, an dem Beispiel können Sie auch ersehen, wie lange Planungen in Deutschland dauern. Eine Generation ist fast gar nichts dagegen. Wir müssen da vielleicht einmal etwas schneller werden. Auch das wäre eine gute Sache.

Christian Wulff geht neue Wege bei den Planungsprozeduren für seine Küstenautobahn. Dieter Althaus und Georg Milbradt haben mit spektakulären Ansiedlungen im IT-Bereich gezeigt, es kommen Arbeitsplätze nach Deutschland. Wolfgang Böhmer hat sich um das Chemiedreieck in Sachsen-Anhalt verdient gemacht. Es handelt sich also um kein Ammenmärchen oder um einen Wunschtraum, sondern da, wo der Wille vorhanden ist, gelingt es, zum Nutzen der Menschen in Deutschland Arbeitsplätze nach Deutschland zu holen. Das muss zum Credo der gesamten Politik, also auch der Bundespolitik werden. Deshalb müssen wir gewinnen, liebe Freunde. Dann können wir das auch auf Bundesebene genauso machen.

(Beifall)

Auch der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat sehr deutlich gemacht, dass trotz aller Globalisierung die Binnenmöglichkeiten, um Wachstum zu entwickeln, vorhanden sind. Er hat sogar Mut machend gesagt: Weil die Ursache für mangelndes Wachstum in Deutschland auf inländischen Gründen basiert, gibt es eben die

Möglichkeit, durch eigenes Handeln die Dinge zum Besseren zu wenden. Genau darum geht es: Dinge aus eigener Kraft zum Besseren zu wenden.

Unser estnischer Freund Mart Laar, heute im Europaparlament, früher Ministerpräsident der Republik Estland, hat einmal etwas gesagt, was ich sehr nachdenkenswert finde. Er hat gesagt: Die Sozialisten sind, wenn man sich die Geschichte anschaut, immer sehr gut im Nachmachen. Nachmachen können sie perfekt. Aber neue Durchbrüche zu schaffen, dazu sind sie nicht in der Lage. Er hat in Estland gezeigt, wie das geht. Genau das müssen wir auch bei uns schaffen, bei Wissenschaft und Forschung. Schauen wir uns an, was in diesem Jahr in diesem Bereich passiert ist: keine Erhebung von Studiengebühren, keine bzw. nicht ausreichende Möglichkeiten des Wettbewerbs, absurde Diskussionen in der Föderalismuskommission, eine Juniorprofessur, die mit Pauken und Trompeten vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert ist, ein Wissenschaftsdienstrecht, das immer noch auf sich warten lässt. Diese Aneinanderreihung, liebe Freunde, entspricht genau dem, was in Zukunft notwendig ist. Dass das nicht angegangen wird, liegt an dem alten Trott von Technologieskepsis, Risikofetischismus und Wettbewerbsfeindlichkeit. Es ist immer die gleiche Leier, die uns Zeit kostet. Davon müssen wir abkommen; dann können wir die Chancen wieder nutzen, die in unserem Lande stecken.

(Beifall)

Liebe Freunde, was wir garantiert nicht brauchen können – heute kommt die neue PISA-Studie heraus –, das sind die alten Strukturdebatten. Man muss sich das doch einmal ganz ruhig anschauen: Brandenburg, das im Zuge der deutschen Einheit von Nordrhein-Westfalen beraten wurde, liegt auf Platz 15, Sachsen dagegen, das von Baden-Württemberg beraten wurde, liegt auf Platz 3 und Thüringen, das auch von süddeutschen Ratgebern beraten wurde, auf Platz 4. Meine Damen und Herren, es muss endlich Schluss sein mit den Debatten über Einheitsschule. Es muss endlich in die Köpfe hinein, dass die Kinder unterschiedlich sind, dass wir den Menschen etwas zutrauen und dass sie individuelle Förderung brauchen. Wir müssen Schluss machen mit den Experimenten auf dem Rücken unserer Kinder, damit wenigstens die nächste Generation in eine bessere Lage kommt als die heutige.

(Beifall)

Wenn wir das in allen Politikbereichen schaffen wollen – ich kann die Umweltpolitik, die Landwirtschaftspolitik, die Energiepolitik nennen –, dann müssen wir endlich wieder beginnen, über den Tag hinaus zu denken. Der Egoismus der Generation der Achtundsechziger hat ausgedient, liebe Freunde. Es geht um die Verantwortung für zukünftige Generationen, sonst verlassen uns nämlich die jungen Leute. Wenn die heute in die Jahre gekommenen Achtundsechziger weiter das Land bestimmen, hauen die jungen Leute ab. Das müssen wir mit aller Kraft verhindern, weil wir sonst auch den älteren keine Sicherheit mehr garantieren können. Vor dieser Aufgabe stehen wir; sie müssen wir schnell erledigen.

(Beifall)

Das geschieht durch eine Politik, bei der Wachstum – das ist ja das Motto unseres Leitantes – das Ergebnis guten Regierens ist, also durch eine solide Politik. Ludwig Erhardt hat nie gesagt: Wachstum für alle. Sein Credo war: Wohlstand für alle. Genau dann dient nämlich das Wachstum den Menschen, wenn es zugleich qualitatives wie quantitatives Wachstum ist. Wachstum des Bruttoinlandsproduktes muss einhergehen mit Wachstum an Wissen, Können und Vertrauen zu einzelnen Menschen. Solch ein Wachstum ist existenziell für uns. Solch ein Wachstum ist nachhaltig. Solch ein Wachstum – davon bin ich überzeugt – ist Voraussetzung, um Deutschlands Chancen nutzen zu können. Deshalb muss die Devise unseres Handelns gleichsam wie ein roter Faden immer wieder lauten: einfacher, schneller, flexibler, direkter, näher beim Menschen, kleine Einheiten fördernd. Dahinter steckt etwas von unserem Menschenbild: Wir können und wollen – das ist das Credo der Christlich Demokratischen Union – dem Menschen etwas zutrauen. Wir trauen ihm etwas zu, weil der Mensch zur Freiheit geboren ist. Man kann das Ganze auch Subsidiarität nennen. Ich sage aber: Weil der Mensch zur Freiheit geboren ist, müssen wir ihm etwas zutrauen, damit ein überforderter Staat wieder stark werden kann und damit Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit wieder in eine ausgeglichene Balance kommen.

(Beifall)

Wenn wir uns einmal – noch einmal – die Ausgangsfrage, wohin wir dieses Land führen wollen, vor Augen führen, dann müssen wir feststellen, dass wir die Frage noch nicht ganz beantwortet haben. Unsere Maxime lautet: Lasst uns verändern, was uns als Land belastet, und lasst uns bewahren, was uns als Land voranbringt. Orientieren wollen wir uns daran, was im Leben und beim Handeln immer gilt: Dass der Mensch erstens zur Freiheit und zweitens als soziales Wesen zur Gemeinschaft geboren ist. Ich glaube, viele Menschen spüren, dass wir nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich in eine Schieflage geraten sind. Die Sehnsucht nach Orientierung – das weiß jeder, der mit anderen spricht – ist groß. Die Menschen fragen danach, was uns verbindet, was diese Gesellschaft zusammenhält und welche Ziele wir haben. Deshalb wollen wir eine Gesellschaft, die sich ihrer Wurzeln bewusst ist, eine Gesellschaft, die sich nicht nur an ihre Werte klammert, sondern diese Werte wirklich lebt. Vielleicht zeigt es sich ja nirgendwo deutlicher als in der Frage, wie ein Land mit Kindern umgeht, wie eine Gesellschaft wirklich beschaffen ist. Wenn man nach ernsthaften Erklärungen und Bekenntnissen der Bundesregierung zu Familien sucht, braucht man einen relativ langen Atem. Eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom April 2002 enthielt einen bemerkenswerten Satz, wie ich finde. Er sagte:

Wir unterstützen durchaus das, was man die traditionelle Familie nennt, die Familie mit Mutter, Vater und Kindern.

Liebe Freunde, wie viel Distanz spricht eigentlich daraus, wenn einer sagt: „Wir unterstützen durchaus das“. Damit kein Missverständnis entsteht: Wir als Union respektieren die Lebensentscheidung jedes Einzelnen. Wir anerkennen die verschiedenen Lebensformen und wir wissen auch um das Scheitern von Beziehungen. Aber das darf doch nicht zu der Schlussfolgerung verleiten, dass auch die Prioritäten völlig verschoben werden müssten. Ich finde, auch heute muss sich der Staat entscheiden, was er fördert und was nicht.

Deshalb sage ich ganz klar: Ich halte es für falsch, dass das Erbrecht bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften genauso ausgestaltet wird wie das Erbrecht

bei Ehe und Familie. Ich glaube, dass wir dies an dieser Stelle bei aller Toleranz sehr klar und deutlich sagen sollten.

(Beifall)

Wir wissen, dass auch im 21. Jahrhundert die Gründung einer Familie in den Lebensentwürfen der meisten Menschen einen herausragenden Platz hat. Hier werden Treue, Verlässlichkeit, Bindung, Geborgenheit und Halt sowie soziale Verantwortung weitergegeben. Ich finde, das kann man doch nicht mit einem einfachen „durchaus“ abtun.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ohne mein Elternhaus in Templin in der Uckermark hätte ich den Sozialismus nicht so überleben können. Auf der einen Seite gab es das System der DDR, das unser Leben wie eine Krake vollständig erfassen wollte, auf der anderen Seite gab es das eigene Elternhaus. Jeden Tag nach der Schule habe ich bei meiner Mutter ein bis zwei Stunden alles „abgesprochen“, wie ich es immer genannt habe. Ich bin meinen Eltern heute noch dankbar, dass wir zu Hause die Möglichkeit dazu hatten.

Ich erzähle Ihnen das nicht – um jedem Irrtum vorzubeugen -, um die Frauen, die wie meine Mutter zu Hause gearbeitet haben, zum Lebensideal aller Frauen zu erheben. Dennoch sage ich: Etwas mehr Anerkennung unserer Gesellschaft für die Leistung von Hausfrauen und Müttern könnte wirklich nicht schaden.

(Beifall)

Wir wollen eine Politik, die junge Menschen heute nicht mehr vor die Alternative Beruf oder Familie stellt. Wir wollen eine Politik, die Beruf und Familie zusammen möglich macht. Dazu brauchen wir mehr familiengerechte Jobs, nicht aber jobgerechte Familien; denn eines dürfen wir nie vergessen: Kinder brauchen Zeit. Daran wird kein Jahrhundert etwas ändern.

(Beifall)

Ich erzähle Ihnen das eigentlich aus einem anderen Grund. Für mich zeigt es einmal mehr: Es gibt – egal in welchem System und in welcher Zeit Sie leben, ob in der Globalisierung oder der Industriegesellschaft, in einer Demokratie oder sogar in einer Diktatur, wie die DDR es war – ein Leben aus dem, was immer gilt. Selbst ein Unrechtssystem wie das der DDR hat es nicht geschafft, all das zu zerstören, was das Leben der Menschen ausmacht: Treue, Verlässlichkeit, Bindung, Geborgenheit, Halt. Das hat uns, das hat Millionen von Menschen am Leben gehalten. Der Sozialismus hat unzählige Familien gequält, zerstört und unendliche Kämpfe vieler – auch meiner – Eltern gegen immerwährende Absurditäten des Systems notwendig gemacht. Dennoch hat der Sozialismus das, was Familie ausmacht, wonach der Mensch sich sehnt, nicht zerstören können. Und am Ende, liebe Freunde, hat genau das dazu beigetragen, dass wir ihn selbst, den Sozialismus, überwinden konnten. Das Überwinden des Sozialismus durch Dinge, die immer bleiben und aus denen wir leben, das zählt. Diese gesamtdeutsche Erfahrung sollten wir nie vergessen.

(Beifall)

Aus den Werten, die immer gelten, schöpfen wir Menschen unsere Kraft. Die Leistungen unserer Väter und Mütter, die Verantwortung von Eltern für Kinder und von Kindern für Eltern kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ob wir tatsächlich ermessen, was es heißt, aus dem zu leben, was immer gilt, zeigt sich daran, ob unsere Gesellschaft endlich kinderfreundlicher wird. Davon hängt unsere Zukunft ab. Meine Überzeugung ist: Eine menschliche Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die Familien stärkt durch materielle Unterstützung, aber eben auch durch Anerkennung und Wertschätzung.

(Beifall)

Wir Christdemokraten wollen eben nicht nur, dass wieder mehr Kinder in unserer Gesellschaft aufwachsen, sondern wir haben auch Vorstellungen davon, wie sie aufwachsen. Es führt kein Weg daran vorbei: Obwohl Erziehung zuallererst eine Aufgabe der Eltern ist und bleibt, ist es die Aufgabe der Gesellschaft, die Eltern bei ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen. Kinder und Jugendliche sollen und müssen das Gefühl bekommen, dass es dieser Gesellschaft etwas wert ist, wenn sie fleißig

sind, wenn sie sich hilfsbereit verhalten oder respektvoll gegenüber anderen auftreten. Wenn aber schon in frühem Alter ein Klima der Beliebigkeit entsteht, sind die Folgen nie wiedergutzumachen.

Auch hier zeigt sich wieder: Es ist eben nicht egal, wer regiert. Lieber Jörg Schönbohm, Sie haben im Wahlkampf die Wiedereinführung von Kopfnoten gefordert, und Sie haben sie bei den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Genau das verstehen wir unter Gestaltung von Politik. Das wird den Kindern in Brandenburg gut tun. Herzlichen Dank dafür, dass der CDU Brandenburg das gelungen ist!

(Beifall)

Eine Gesellschaft, die aus dem lebt, was immer gilt, fördert und fordert Verantwortung. Sie lebt von einem gerechten Ausgleich zwischen den Generationen. Sie übt Solidarität mit den Älteren, aber sie achtet gleichermaßen darauf, dass die Jüngeren eine gute Zukunft haben. Lieber Philipp Mißfelder, ich war vor wenigen Wochen auf dem Deutschlandtag der Jungen Union. Ich habe dort junge Menschen getroffen, die dieses Land nicht verlassen wollen, sondern darauf brennen, sich für unser Land einzusetzen. Sie wollen etwas bewegen – mit klaren Zielen. Sie sind sich ihrer Wurzeln bewusst; das hat der Auftritt von Helmut Kohl auf dem Deutschlandtag der Jungen Union gezeigt. Ich sage, lieber Philipp Mißfelder: Diese Junge Union tut der CDU gut – bei aller Kritik, die wir manchmal zu üben haben. Es ist gut, dass es diese Junge Union für unser Land gibt. Herzlichen Dank für eure Arbeit!

(Beifall)

Lieber Otto Wulff, viele in Ihrer Generation haben nach den Schrecken der NS-Zeit die Bundesrepublik aufgebaut; andere haben die DDR durchlebt und durchlitten und schließlich überwunden. Ihre Generation kämpft heute leidenschaftlich für die Achtung der Älteren und gegen jede Form von Altersdiskriminierung. Liebe Freunde, lassen Sie es mich sehr deutlich sagen: Bei allen berechtigten Ansprüchen der Jüngeren werden wir keine wirklich glaubwürdige Partei sein, wenn wir den Eindruck erwecken, wir trügen diese Kämpfe auf dem Rücken der Älteren aus. Jung und Alt gehören zusammen; sie müssen zeigen, dass wir die Partei der

Generationengerechtigkeit sind. Deshalb unterstützen wir Ihre Arbeit und danken für die große Hilfe, die die Senioren-Union für die Christlich Demokratische Union leistet. Ich weiß, dass auf sie Verlass ist. Aber Sie können sich auch auf Ihre Mutterpartei verlassen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Liebe Freunde, da die Generationenfrage angesichts des demografischen Wandels und der gesellschaftlichen Fragen eine Kernfrage für die Menschlichkeit unserer Gesellschaft ist, werden wir dieses Thema im nächsten Jahr in das Zentrum unserer Arbeit stellen. Liebe Maria Böhmer, ich bin dir und der Frauen-Union sehr dankbar, dass ihr das Thema „Familie“, aber auch das Thema „Arbeits- und Rollenverteilung von Frauen und Männern in der Gesellschaft“ immer auf die Tagesordnung setzt.

Ich weiß - jetzt geht gleich das Gebrummel los -, dass es nicht immer nur geliebt wird, wenn die Frauen-Union ihre Stimme erhebt. Aber so, wie Rot-Grün Druck braucht, brauchen auch wir manchmal ein bisschen Druck. Wir werden uns mit diesem Thema befassen. Ich verspreche es euch.

(Beifall)

Liebe Freunde, aus genau diesem Gedanken - dass unsere Gesellschaft eine Verantwortungsgemeinschaft ist, dass wir Geborgenheit, Halt, Treue und Verlässlichkeit brauchen und dass wir uns unserer Wurzeln bewusst sein müssen - entwickelt sich dann ein Gefühl für Heimat. Was Rot-Grün unter Heimat versteht, das hat uns gerade wieder einmal Frau Künast gesagt. Sie hat gesagt: Wenn wir Grüne uns um gesunde Ernährung kümmern und lokale Produkte verteidigen, besetzen wir auch das Thema Heimat. - Gesunde Ernährung und Lokalprodukte sind Teil unserer Heimat; niemand zweifelt daran. Aber ist das das Thema Heimat als Ganzes? Dazu kann ich nur sagen: Das hat Frau Künast nicht verstanden, wenn sie die Biogurke aus dem Spreewald schon als Heimat als Ganzes versteht.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Ich gebe zu: Die Biogurke aus dem Spreewald schmeckt gut. Heimat ist trotzdem mehr. Das verstehen die Grünen nicht. Deshalb müssen wir dieses Thema besetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Was aber ist von einer Regierung zu erwarten, die vor 15 Jahren die Hoffnung auf die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes mit dem bösen Wort der „Lebenslüge“ bezeichnet hat? Liebe Freunde, ich glaube, Sie erwarten jetzt ein Wort zu den Plänen des Bundeskanzlers, den 3. Oktober abzuschaffen. Eigentlich ist dazu alles gesagt. Ich will nur noch einmal den Kommentar wiederholen, dass es nun wirklich schon an Blindheit grenzt, den Ostdeutschen zuzumuten, dass der 3. Oktober, wenn er auf einen Sonntag gelegt worden wäre, jedes siebte Jahr auf den Tag der Republik, den 7. Oktober, der in der DDR gefeiert wurde, gelegt worden wäre. Ich kann nur sagen: Das zeugt von Rücksichtslosigkeit gegenüber denen, die unter dem Unrechtssystem der DDR gelitten haben, die in Bautzen oder Hohenschönhausen gesessen haben, die um ihre Karrieren betrogen wurden und die auch heute - ich sage das ganz im Ernst - noch nicht die Anerkennung bekommen, die sie eigentlich bekommen müssten.

(Beifall)

Ich habe deshalb in Vorbereitung auf den heutigen Tag in einigen älteren Schriften geblättert und bin dabei auf eine Rede von Johann Baptist Gradl gestoßen. Vielleicht kennen die Älteren von uns ihn noch persönlich. Er wurde vor genau 100 Jahren in Berlin geboren. Er war Bundesminister. Er gehörte 1945 zu den Mitbegründern der CDU in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone und 1974 zu den Gründern des Kuratoriums unteilbares Deutschland. Er war dann von 1970 bis 1987 Vorsitzender der Exil-CDU. Am 7. Oktober 1979, also am 30. Jahrestag der DDR und am 30. Jahrestag der Exil-CDU, hat Johann Baptist Gradl eine Rede gehalten, in der er unter anderem sagte - ich zitiere -:

„Jeder, der nach 1945 im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands als freiheitlich gesinnter Demokrat mitgewirkt hat, wird sich aus dem jetzigen Anlass wieder fragen, ob sein Einsatz einen Sinn hatte. Das Unheil der Auseinanderentwicklung der Teile Deutschlands, die sowjetisch-kommunistische Spaltungspolitik, hat ja nicht verhindert werden können. Aber manchmal zahlt eben die Geschichte ihren Lohn erst spät aus. Wir resignieren deshalb nicht. 30 Jahre sind im Leben des Einzelnen eine lange Zeit. Wir sollten uns immer wieder vor Augen halten, was es heißt, ein Jahrzehnt nach dem anderen in politischer Unfreiheit und ideologischem Zwang leben zu müssen. Uns im freien Teil Deutschlands ist die Freiheit nicht nur für uns gegeben, sondern dafür, dass wir sie auch für die Deutschen drüben nutzen.“

So weit Johann Baptist Gradl.

Ich sage Ihnen ganz offen: Mir war Johann Baptist Gradl damals nicht bekannt. Ich war 25 Jahre alt und habe nach meinem Physikstudium gerade ein Jahr an der Akademie der Wissenschaften gearbeitet. Aber uns war damals klar, auch wenn wir die einzelnen Personen nicht kannten: Es waren genau solche Menschen wie Johann Baptist Gradl und es waren Reden wie die seine, die bis zu uns in den Osten hinein wirkten, ausstrahlten und uns Vertrauen gaben. Es waren Menschen wie Johann Baptist Gradl, die eben nicht von irgendwelchen Lebenslügen sprachen, wenn der Weg hart und steinig wurde. Und es waren Menschen wie er, Mitbegründer unserer Christlich Demokratischen Union, die uns zu jeder Zeit die Hoffnung auf die Überwindung der Teilung, auf das Ende des Unrechtsstaats DDR, auf den Fall der Mauer und auf die Wiedervereinigung erhalten haben.

Es ist sehr traurig, dass Johann Baptist Gradl nicht mehr erleben konnte, wie sein Traum Wirklichkeit wurde. Er starb am 2. Juli 1988, genau ein Jahr, nachdem in Tschechien und in Ungarn, dann auf den Straßen von Leipzig, Dresden und Berlin und überall in der DDR der Anfang vom Ende des Sozialismus begann. Liebe Freunde, ich finde, dass die Sätze von Johann Baptist Gradl auch ein Kommentar zu der Debatte sind, die Bundeskanzler Schröder mit seinem unsäglichen Vorstoß zum 3. Oktober eingeleitet hat.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, war es ein Segen für unser Land, dass es die CDU-geführte Bundesregierung unter Helmut Kohl war, die in der entscheidenden geschichtlichen Stunde 1989/1990 die Geschicke lenkte. Darauf sind wir stolz. Sie hat die Geschicke richtig gelenkt. Sie hat die Gunst der Stunde richtig genutzt und sie hat dafür gesorgt, dass wir in Frieden und Freiheit wiedervereinigt sein können. Wenn Bundeskanzler Schröder heute, nach dem Scheitern seines Vorstoßes zur Abschaffung des 3. Oktober, immer noch sagt, er sei - ich zitiere - „an einem Opportunismus einer ganz großen Koalition“ gescheitert, dann antworte ich: Ich will nicht, dass die deutsche Einheit an der Geschichtsvergessenheit eines einzigen Mannes scheitert. Da gibt es glücklicherweise noch uns.

(Anhaltender Beifall)

Aber, liebe Freunde, wenn wir über unsere Nation nachdenken, dann geht es wahrlich nicht nur um Sonntagsreden oder Feiertagsrituale. Nein, dann wird es sehr konkret und sehr der Zukunft zugewandt. Warum sprechen wir vom Solidarpakt zwischen Ost und West? Warum ist die Generationengerechtigkeit zwischen Jung und Alt wichtig? Warum wollen wir den Föderalismus zwischen Bund, Ländern und Gemeinden? Warum ist uns eine Bundeswehr wichtig, die selbstbewusst im Ausland Einsätze wahrnimmt? Warum wollen wir ein guter Partner in Europa sein? Das machen wir doch nur deshalb, weil wir uns als etwas Gemeinsames, als so etwas wie eine Schicksalsgemeinschaft fühlen.

Die Werte, die unser Leben und Handeln in dieser Schicksalsgemeinschaft leiten, sind in unserem Grundgesetz festgeschrieben. In Art. 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Genau das findet seine Entsprechung auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention. Beides ist Gradmesser unseres Handelns. Das ist genau die Werteordnung, auf die wir uns in Deutschland und in Europa geeinigt haben. Beides ist Teil unserer Identität. Aber wir müssen uns doch ganz ehrlich fragen: Achten wir darauf, dass diese Werte für alle gelten? Schauen wir doch einmal: Gelten diese Werte für alle türkischen Frauen in Kreuzberg? Gelten diese Werte für alle türkischen Frauen in Neukölln, Köln,

Düsseldorf oder anderswo? Meine Damen und Herren, ich sage: Nein, das tun sie nicht. Genau das ist die Debatte, die wir zu führen haben. Wenn die Würde des Menschen unantastbar ist, dann gelten diese Werte für alle Menschen, allemal für alle in Deutschland. Dafür müssen wir Sorge tragen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist nicht rechthaberisch, aber ich glaube, man kann wirklich sagen, wir haben es immer gewusst: Die Idee einer multikulturellen Gesellschaft kann nicht gelingen. Sie ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Multikulti ist eben nicht Integration. Das Ideal einer so genannten Multikultur vergisst, auf welcher Grundlage eine Gesellschaft funktioniert. Das Ideal einer Multikultur führt zum Nebeneinander, nicht zum Miteinander. Deshalb, genau deshalb muss endlich Schluss sein mit rot-grüner Beliebigkeit, Unschärfe und Träumereien – weil es nicht zum Miteinander führt und weil wir als eine Schicksalsgemeinschaft darauf angewiesen sind, dass wir – so unterschiedlich wir auch sind – miteinander in einem Lande leben wollen, und das heißt, liebe Freunde: gleiche Werte für alle.

(Beifall)

Denn wer in Deutschland lebt, lebt in einem historisch gewachsenen, vornehmlich durch das christlich-jüdische Erbe und die Aufklärung geprägten Land. Aus diesem geistigen Fundament speist sich ganz wesentlich unsere freiheitlich-demokratische Leitkultur. Das sage ich ganz bewusst im Gegensatz zur Multikultur. Diese Leitkultur ist nicht statisch, denn sie wird durch neue Einflüsse immer wieder bereichert. Diese Kultur ist auch nicht allein das Grundgesetz, aber sie ist eben eine Kultur, in der wir in Deutschland gesetzlich christliche Feiertage feiern, nicht muslimische Feiertage, genauso, wie man anderswo, zum Beispiel in Saudi-Arabien, nicht Pfingstmontag feiert, wie Frau Göring-Eckardt richtig gesagt hat; wo sie Recht hat, hat sie Recht. Wir feiern Pfingstmontag!

(Beifall)

Es gibt eben ein bestimmtes Maß an unverhandelbaren Standards. Dazu gehört die Haltung zum Erlernen der deutschen Sprache, zur Ausbildung der Kinder oder zum Umgang mit den Rechten der Frauen. Ich sage ausdrücklich: Wir sind gegen Ausländerfeindlichkeit und wir fördern Integration. Wir wollen, dass Menschen aus anderen Ländern unsere Staatsbürgerschaft annehmen, und wir halten es auch für richtig, dass sie sich ausdrücklich zu unserem Grundgesetz bekennen. Ich danke an dieser Stelle vor allem und ganz besonders Annette Schavan. Sie hat über Monate, ja fast über Jahre durch ihr unbeirrtes Verhalten im Kopftuchstreit deutlich gemacht, welche Werte, welche Haltung in unserem Land zielführend ist. Das war nicht einfach. Herzlichen Dank, liebe Annette!

(Beifall)

Liebe Freunde, Rot-Grün braucht an diesen Stellen immer wieder Druck. Nur dieser Druck war es auch, der dazu geführt hat, dass wir ein Zuwanderungsgesetz bekommen haben, das deutlich macht, dass wir das Notwendige und das Richtige tun, ein Zuwanderungsgesetz, das sich um die Integration derer kümmert, die schon länger in unserem Lande wohnen, ein Zuwanderungsgesetz, das auch deutlich macht: Wer Hass predigt, wer sich nicht an unsere Gesetze halten will, wer nicht bereit ist, sich auf unsere Grundwerte zu konzentrieren, wer dagegen angeht, der muss dieses Land auch wieder verlassen.

(Beifall)

Diese Grundhaltung hast du, lieber Peter Müller, zusammen mit anderen ganz wesentlich vorangebracht. Ich danke dir dafür, weil du in zweierlei Hinsicht etwas gezeigt hast: auf der einen Seite Schluss mit Toleranz an Stellen, wo es keine Toleranz gibt; auf der anderen Seite aber auch Zuwanderung dort, wo Zuwanderung in unserem, im deutschen Interesse ist. Das ist im Höchstleistungsbereich so, das ist in der Forschung und der Technologie so. Das heißt: Schluss mit der Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme, aber ein Ja zur Zuwanderung, wo sie uns nützt. Das ist die Devise des Zuwanderungsgesetzes; danke schön also dafür, dass wir ein solches Gesetz haben, das auch klar sagt: Wer hier nicht hergehört, wer hier nicht leben will, wer hier das Gesetz nicht akzeptieren will, der muss dieses Land auch

wieder verlassen. Das sind die drei Grundpfeiler eines modernen Zuwanderungsgesetzes!

(Beifall)

Beliebigkeit darf niemals zum Maßstab unseres Handelns werden. Dabei geht es auch um die Frage, wie wir – Raymond Aron, der Goethe-Preisträger, hat es gesagt – mit den Opfern der Kriege und mit den Toten der Kriege umgehen. Raymond Aron hat gesagt, der Charakter und die Selbstachtung einer Nation zeigen sich eben auch darin, wie sie mit ihren Opfern der Kriege und mit ihren Toten umgeht. Die CDU ist sich dessen sehr bewusst. Deshalb vergessen wir auch nicht, dass Millionen Deutsche das Schicksal der Vertreibung aus ihrer Heimat erlitten haben.

Die Vertreibung war und ist eine gesamtdeutsche Tragödie. So sehr wir uns auf der einen Seite von Organisationen wie der Preußischen Treuhand distanzieren, so sträflich kurzfristig ist es, wenn die Bundesregierung die Vertriebenen aus der Kulturförderung bewusst ausgrenzt. Deshalb sage ich: Wir werden uns immer dafür einsetzen, dass das kulturelle Erbe auch der Vertriebenen zu unserem gesamten kulturellen Erbe gehört. Liebe Erika Steinbach, lieber Helmut Sauer, genau deshalb treten wir dafür ein, dass es ein Zentrum gegen Vertreibungen gibt, und zwar nicht irgendwo, sondern in Deutschland, in Berlin. Wir werden das unterstützen, weil es wichtig für unsere Identität ist.

(Beifall)

Genauso unterstützen wir, dass der 5. August, an dem im Jahre 1955, also im nächsten Jahr vor 55 Jahren, die Charta der Vertriebenen in Stuttgart unterzeichnet wurde, nationaler Gedenktag wird. Diese Charta der deutschen Vertriebenen ist – man muss sich in die damalige Zeit hineinversetzen, um das wirklich verstehen zu können – ein Dokument der Versöhnung, ein Dokument mit dem Willen zum Frieden in einem gemeinsamen Europa.

Liebe Freunde, genau dieses gemeinsame Europa ist ja auch die Antwort auf die Schrecken der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Heute sind wir ein

wiedervereinigtes Europa, ein Europa, das sich einen Verfassungsvertrag gegeben hat. Entscheidend und in ganz besonderer Weise daran mitgewirkt hat ein Mann; ich meine Erwin Teufel. Lieber Erwin Teufel, Sie haben als Mitglied des Verfassungskonvents für klare Zuständigkeiten in Europa gekämpft. Sie haben sich mit vielen anderen für den Gottesbezug in der Europäischen Verfassung eingesetzt. Sie stehen als Person in beeindruckender Weise dafür, dass wertegebundene Politik Politik mit Zukunft ist. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Lieber Erwin Teufel, es sind Ihre politischen Erfolge, es ist aber auch Ihr Charakter, Ihre Bodenständigkeit, Ihr Optimismus und Ihre Grundsatztreue, die Sie seit 14 Jahren in Ihrer Arbeit als Ministerpräsident von Baden-Württemberg auszeichnen. Sie haben Baden-Württemberg zu einem der erfolgreichsten Länder in Deutschland gemacht. Sie haben sich um die Christlich Demokratische Union Deutschlands und die Christlich Demokratische Union Baden-Württembergs verdient gemacht, und ohne dass ich jetzt einen Abschiedsgesang anstimmen möchte – das will ich wirklich nicht – möchte ich einfach noch einmal sagen: Wir sind Ihnen zu großem Dank verpflichtet. Herzlichen Dank für das, was Sie für dieses Land getan haben!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ihnen, lieber Günther Oettinger, wünschen wir von hier aus Glück und Gottes Segen, damit der erfolgreiche Weg von Baden-Württemberg fortgesetzt werden kann.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, auch nach dem Verfassungsvertrag steht Europa erneut vor wichtigen Weichenstellungen, mache sagen: vor schicksalhaften Weichenstellungen. Denn in wenigen Tagen wird darüber entschieden, ob und wie wir Verhandlungen mit der Türkei über eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union aufnehmen werden oder nicht. Die Europäische Kommission hat solche Verhandlungen empfohlen.

Ich sage vorweg: Ob es die soziale Marktwirtschaft, die Westbindung, der NATO-Doppelbeschluss, die Wiedervereinigung oder sozialpolitische Fragen wie die der Einführung des demographischen Faktors in der Rente waren – hierzu hat sich der Bundeskanzler im Deutschen Bundestag für seine Fehlentscheidung entschuldigt, eigentlich hätte er sich statt für den demographischen Faktor lieber für den Wahlbetrug 1998 und 2002 entschuldigen sollen, als er die Menschen hinter die Fichte geführt hat, das aber nur nebenbei –

(Beifall)

oder ob es jetzt der Abschied von der multikulturellen Gesellschaft ist: Ich bin es langsam leid – Sie wahrscheinlich auch –, dass Rot-Grün eine Lebenslüge nach der anderen eingestehen muss. Ich bin es vor allen Dingen leid, dass Rot-Grün aus alten Lebenslügen nichts lernt und wieder neue Lebenslügen beginnt. Um nichts anderes – ich sage das so hart – als um eine neue Lebenslüge handelt es sich beim Vorgehen der Bundesregierung bei den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zur Europäischen Union.

(Beifall)

Lernen aus Lebenslügen heißt: keine neuen Lebenslügen begehen.

Worum geht es? Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union sollen Verhandlungen mit einem Land beginnen, dessen Grenzen über die Außengrenzen Europas hinausweisen, bis an die Grenzen der Türkei zum Iran, zum Irak und zu Syrien. Die geopolitische Bedeutung der Türkei steht für mich völlig außer Frage, aber entscheidend darf doch nicht allein die geopolitische Bedeutung sein. Zur Entscheidung muss doch mindestens so sehr die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union, einer Union von bald 27 Mitgliedstaaten, stehen.

Es wird immer wieder vergessen, dass genau diese Integrationsfähigkeit der Europäischen Union ein Teil der Kopenhagener Kriterien ist. Deshalb gilt für mich: Der innere Zusammenhalt der Europäischen Union und ihre Integrationskraft dürfen nicht überfordert werden. Wir dürfen den Menschen keinen Sand in die Augen

streuen. Ein Europa mit der Türkei als Vollmitglied wird nicht das Europa einer vertieften Integration sein. Wer aber so tut – die Bundesregierung tut das –, als ob die Europäische Union nach einem Beitritt der Türkei noch immer dieselbe Europäische Union ist, begeht wieder eine Lebenslüge, absehbar und eines Tages auch eingestanden. Deshalb sagen wir: Wir wollen den Weg einer privilegierten Partnerschaft, wir wollen damit nicht der Türkei die Tür vor der Nase zuschlagen, sondern wir wollen eine ehrliche Variante. Die Bundestagsfraktion hat dazu immer und immer wieder Anträge eingebracht. Ich bedanke mich dafür bei Michael Glos in ganz besonderer Weise. Wir sind nicht bereit, eine neue Lebenslüge zu beginnen. Das müssen wir auf diesem Parteitag um Europas willen ganz klar aussprechen.

(Beifall)

Ich sage ganz selbstbewusst: Das hat wieder etwas mit dem Wahrnehmen deutscher Interessen zu tun. Ich glaube, dass wir das auch im Interesse Europas deutlich aussprechen müssen; denn viele sprechen nicht deutlich aus, was es ist. Das Integrationswerk von über 50 Jahren darf nicht mal einfach so geopfert werden, ohne dass die Dinge ausgesprochen werden. Deshalb ist meine feste Überzeugung: keine neuen Lebenslügen, statt dessen eine privilegierte Partnerschaft und eine klare Sprache zur Zukunft Europas, weil davon viel abhängt.

Deutsche Interessen wahrnehmen war immer auch Gegenstand der deutsch-französischen Freundschaft. Begonnen mit Konrad Adenauer und Robert Schuman hat die deutsch-französische Freundschaft für uns immer existenziellen Charakter gehabt. Alle Kanzler von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl haben es aber immer vermieden, dass der Eindruck entsteht, dass diese Freundschaft andere in Europa ausgrenzt oder gar gegen andere gerichtet ist. Wir als Deutsche haben in unserem ureigenen Interesse die Pflicht zu Maß, Mitte und Ausgleich, nicht zur Ausgrenzung. Deshalb darf die deutsch-französische Freundschaft diesen Eindruck niemals vermitteln. Das ist unser Credo.

(Beifall)

Notwendige strategische Partnerschaften wie die mit Russland dürfen niemals dazu führen, dass Kritik nicht geäußert werden kann. Ich füge hinzu: Auch ein gutes transatlantisches Verhältnis ist genauso existenziell wie ein vereintes Europa. Ich bin nicht bereit und die CDU wird nicht bereit sein, Mauern gegenüber unseren amerikanischen Freunden aufzubauen, nachdem sie uns ganz wesentlich geholfen haben, dass die Mauern in Deutschland fallen konnten. Mit uns wird es das nicht geben.

(Beifall)

Wir können und müssen an einigen Stellen kritisch zu unseren amerikanischen Partnern sein. Eines muss aber klar sein: Wenn wir das tun, tun wir das als Freunde, als Partner Amerikas, vor allen Dingen als Partner im Kampf gegen den Terror und für mehr Rechtssicherheit und Stabilität in der Welt. Richtig ist, dass der 11. September unser aller Leben dramatisch verändert hat. Dem kann sich keiner entziehen. Deshalb kommen auf jeden, auch auf Deutschland, neue Rechte und neue Pflichten zu. Das heißt, dass wir aus den neuen Bedrohungen umfassende Konsequenzen ziehen müssen, das heißt, dass wir uns über einen neuen Sicherheitsbegriff Gedanken machen müssen. Wir müssen uns über einen neuen Sicherheitsbegriff Gedanken machen – das ist die nächste Lebenslüge von Rot-Grün –, bei dem innere und äußere Sicherheit zusammenwachsen. Sie werden nicht mehr zu trennen sein.

Natürlich können aus den neuen Rechten und Pflichten auch neue Möglichkeiten für Deutschland erwachsen. Ich glaube, in diesem Geist und mit diesem Selbstverständnis sollten auch die Verhandlungen um einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat geführt werden. Es ist aber im deutschen Interesse, einen vollwertigen Sitz in der UN zu bekommen. Es ist nicht im deutschen Interesse, einen zweitklassigen Sitz im Sicherheitsrat zu haben. Deutschlands Chancen nutzen, heißt: Wenn wir einen erstklassigen Sitz im UN-Sicherheitsrat fordern, dann zieht das natürlich auch erstklassige Verantwortung nach sich; ein zweitklassiger Sitz würde eine zweitklassige Verantwortung bedeuten. Wir müssen uns entscheiden, was wir wollen, mit allen Folgen, die eine solche Entscheidung hat.

Wenn Sie mich persönlich fragen, sage ich Ihnen ganz klar: Ich will, dass unser Land seine Chancen nutzt. Das bedeutet eine erstklassige Verantwortung. Wenn wir dazu nicht in der Lage sind oder wenn wir dazu nicht bereit sind – darüber müssen wir Rechenschaft ablegen – oder wenn andere uns diese Möglichkeiten nicht einräumen, haben wir im UN-Sicherheitsrat nichts verloren, dann kämpfen wir lieber für einen weiteren Sitz der Europäischen Union im UN-Sicherheitsrat. Das ist redlicher. Zweitklassige Verantwortung für einen Showeffekt halte ich für falsch.

(Beifall)

Wir haben 1994 ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet. Die SPD hat das übrigens bis heute noch nicht geschafft. Inzwischen hat sich aber die internationale Lage dramatisch verändert, insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dafür steht kein Datum so wie der 11. September 2001. Deshalb müssen und werden wir uns im nächsten Jahr mit der Außen- und Sicherheitspolitik als einem Schwerpunkt beschäftigen. Wir werden zum nächsten Parteitag entscheiden, inwieweit wir unser Grundsatzprogramm von 1994 im Lichte dieser neuen Erkenntnisse überarbeiten müssen.

Liebe Freunde, wir wissen, trotz aller Anstrengungen – in welchen Bereichen auch immer - werden wir die vollkommene Welt nicht schaffen können. Wir werden – das ist die Wahrheit und dieser muss sich Politik stellen – immer wieder auch Irrtum und Schuld ausgesetzt sein. Unsere politische Gestaltungskraft müssen wir nutzen, aber wir müssen wissen, dass ihr auch immer wieder Grenzen gesetzt sind. Diese Einsicht bewahrt uns im Übrigen vor ideologischen Heilslehren. Unser politisches Programm ist nicht die Hoffnung der Welt. Nur totalitäre Parteien unternehmen solche Versuche. Das gab es bei Sozialisten und Kommunisten. Diese sind heute die Ewiggestrigen. Die Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns nie zu vergessen, das ist auch ein Kern der wichtigen Arbeit unserer Wertekommission, für die ich Christoph Böhr ganz herzlich danken möchte.

(Beifall)

Wenn wir also die Ausgangsfrage beantworten wollen, wohin wir dieses Land führen, dann bedeutet Leben und Handeln aus dem, was immer gilt, nämlich dass der Mensch zur Freiheit geboren ist und dass er als soziales Wesen geboren ist, zugleich eben auch: Der Mensch ist nicht das letzte Maß aller Dinge.

Wir wissen, dass der freiheitliche Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. Die Freiheit des Menschen beruht auf einer Wirklichkeit, die unsere mit dem Verstand erkennbare Welt überschreitet. Dort und nur dort ist das zu finden, was immer gilt. Anders ausgedrückt, wir haben den Mut zu sagen: Politik ohne Gottvertrauen ist nicht möglich. Das ist es, was für mich aus dem christlichen Verständnis vom Menschen folgt. Eine solche Orientierung liefert kein fertiges Parteiprogramm – das ist wahr –, aber sie gibt unseren politischen Entscheidungen einen sicheren Kompass. Wenn wir diese Orientierung preisgäben, wären wir nicht mehr dieselbe Partei. Deshalb sage ich: Das C in unserem Parteinamen steht für mich weder heute noch morgen zur Disposition. Das C in unserem Namen ist unser Schatz. Diesen werden wir an niemanden weggeben.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, ich sage noch einmal, dass wir niemandem vorschreiben, wie er zu leben hat. Aber es wird doch noch erlaubt sein, dass ich und wahrscheinlich auch viele von Ihnen sich auf den Tag freuen, an dem wieder ein Kabinett vereidigt wird, das sich traut und dem es etwas wert ist, den Eid auf Gott und nicht nur auf ein Grundgesetz ohne Gott zu schwören.

(Anhaltender Beifall)

Deshalb, weil die Würde des Menschen gilt – unabhängig von Leistungskraft, Hautfarbe, Herkunft, Einkommen, geistigen Fähigkeiten und körperlicher Verfassung –, müssen wir Anwalt dessen sein, dass es keine Verfügbarkeit menschlichen Lebens gibt, weder am Anfang noch am Ende. Was die Bundesjustizministerin jetzt in der Frage der Patientenverfügungen und für den Umgang mit Todkranken erwägt, halte ich – ich sage es ganz deutlich – für falsch.

Aktive Sterbehilfe darf es für uns nicht geben: keine Verfügbarkeit menschlichen Lebens, weder am Anfang noch am Ende.

(Beifall)

Wir verlangen auch mit Recht, dass sich die Bundesregierung endlich ohne Wenn und Aber für ein umfassendes und rechtlich verbindliches internationales Klonverbot einsetzt. Das Klonen muss verboten bleiben, und zwar Klonen zu Forschungszwecken genauso wie das reproduktive Klonen. Es war eine Schande, dass im vorigen Jahr ein solches Verbot in der UN ausgerechnet mit der deutschen Stimme gescheitert ist. Jetzt ist wieder nur eine unverbindliche, unklare Deklaration zustande gekommen. Ich muss Ihnen sagen, ich bin es Leid, von den Grünen moralische Vorträge gehalten zu bekommen und zu erleben, dass sie sich dann, wenn sie in der UN etwas bewegen können, heraushalten und nicht Farbe bekennen. Hier geht es um internationale Standards. Die CDU wird der Sachwalter eines Klonverbots sein.

(Beifall)

Politik hat dem Menschen zu dienen und nicht umgekehrt. Das ist eine Politik, für die der Mensch nicht das letzte Maß aller Dinge ist. Das zu wissen ist Kapital, das keine Inflation kennt. Das ist das Kapital, das wir unseren Kindern vererben wollen. Das ist es, was ich meine, wenn ich sage: Lasst uns verändern, was uns belastet, aber lasst uns bewahren, was uns voranbringt, immer ausgerichtet an dem Maßstab: Leben aus dem, was immer gilt.

Unsere CDU wird im nächsten Jahr 60 Jahre alt. Andreas Hermes und Jakob Kaiser haben 1945 die CDU nicht gegründet, weil sie eine bessere Krankenversicherung oder ein neues Steuersystem entwickeln wollten, so wichtig dies selbstverständlich auch ist. Sie und ihre Mitstreiter haben die Christlich Demokratische Union gegründet, um für die Zukunft die unwiderrufliche Konsequenz aus den Verbrechen und Erniedrigungen der NS-Diktatur zu ziehen. Zu den wichtigsten geistigen und politischen Wurzeln der Christlich Demokratischen Union zählt gerade der christlich motivierte Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime. „Die

Konstituierung der CDU hat in den Gefängnissen von Tegel begonnen“, so hat es Eugen Gerstenmaier, über viele Jahre Bundestagspräsident und Mitglied der Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis“, einmal auf den Punkt gebracht. Als Lehre aus den Schrecken wurden wir die Partei des Brückenschlags: Wie es schon damals den Brückenschlag zwischen Konfessionen, Schichten und politischen Orientierungen gab, so ist auch heute wieder der Brückenschlag zwischen Jung und Alt, zwischen Kinder Erziehenden und Kinderlosen, zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen, zwischen Verwurzelung und Globalisierung, zwischen Bewahrung und Veränderung, zwischen wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Ausgleich unsere Aufgabe. Die anderen spielen die Menschen und Gruppen immer wieder gegeneinander aus. Wir wollen gemeinsame Lösungen.

Wir waren und sind die Partei der mutigen Lösungen. Soziale Marktwirtschaft und Westbindung, Nachrüstung, deutsche Einheit - das alles waren zunächst hart umstrittene politische Konzepte. Sie wurden schnell der Teil der Staatsräson unseres Landes. Heute sind unsere Reformen für Wachstum, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit weitreichend und zum Teil natürlich auch extrem umstritten. Aber bald werden sie das Gesicht einer neuen Synthese von Dynamik und Ausgleich haben, das Gesicht der neuen Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert.

Wir waren und sind die Partei der Verlässlichkeit. Zweimal, 1998 und 2002, hat die jetzige Bundesregierung vor der Wahl etwas anderes gesagt, als sie nach der Wahl getan hat. Diese Schaukelpolitik hat nicht nur viel Zeit gekostet. Sie hat auch die Parteien in Deutschland insgesamt viel Vertrauen gekostet und sie hat der Demokratie geschadet. Wir sagen deshalb vor der Wahl, was wir tun, und wir tun nach der Wahl das, was wir gesagt haben, und wir tun es ordentlich. Denn die Menschen haben einen Anspruch darauf, dass ordentlich regiert wird. Wie das geht, zeigt die Union in den Ländern. Dort, wo wir regieren, geht es den Menschen besser.

Liebe Freunde, damit komme ich auf unseren Ausgangspunkt zurück. Ich hatte gesagt, dieser Parteitag finde nicht zufällig in Düsseldorf statt. Der Kreis schließt sich. Vor 55 Jahren wurden hier die Düsseldorfer Leitsätze zur Sozialen Marktwirtschaft formuliert. Heute verabschieden wir ein Programm für Wachstum, Arbeit und Wohlstand. Dieses Programm reicht weit in das 21. Jahrhundert hinein.

Wir beantworten die Frage: Wohin wollt ihr, wohin wollen wir dieses Land führen? Wir wollen eine Gesellschaft, die die vorhandenen Energien der Menschen freisetzt und entwickelt, statt sie zu behindern und verkümmern zu lassen, in der Wandel nicht als Bedrohung, sondern als Chance empfunden wird, die Ungleichheiten zulässt und dabei auf Teilhabe statt auf Umverteilung setzt, in der die Selbsterneuerungskräfte geweckt werden, in der Ausgrenzung verhindert und Hilfe für Schwache sichergestellt wird, in der es jeder – ich sage: jeder – wieder schaffen kann. Wir wollen ein Land, das um Spitzenprodukte und Spitzenlöhne konkurriert und sich nicht an Niedriglohnländern messen muss, in dem jeder für sich und andere gibt, was er kann, und keiner fallen gelassen wird, weil er nicht mehr kann, in dem die Starken ihre Stärken ausspielen und das deshalb so stark ist für die Schwächeren, das jedem Chancen eröffnet und Aufstiegswillen fördert, in dem der Versuch mehr gilt als das Scheitern, in dem wir eben alle einmal mehr Aufstehen als Hinfallen und in dem niemandem das Wohl und Wehe seines Nachbarn und der nächsten Generation gleichgültig ist.

Liebe Freunde, die Wahrheit ist: Mit unserer Politik werden sich alle anstrengen müssen, aber wir lassen niemanden im Stich. Wohlstand und Sicherheit als Lohn für Leistung und Anstrengung, das ist moderne Gerechtigkeit, wie wir sie verstehen.

Keine andere politische Kraft in Deutschland hat in den vergangenen 60 Jahren unser Land so nachhaltig geprägt wie die CDU. Es war die CDU, die das Land an schwierigen Wendepunkten immer wieder nach vorne gebracht hat. Aus einer Trümmerlandschaft nach Weltkrieg und Diktatur entstand das Wirtschaftswunder. Aus „No Future“ Ende der 70er-Jahre wurde der Aufschwung der 80er-Jahre. Aus dem Niedergang von 40 Jahren Sozialismus in der DDR entstanden die deutsche Einheit und der Sieg der Freiheit in ganz Europa – dank Helmut Kohl und der CDU.

(Beifall)

Jetzt stehen wir vor der Aufgabe, dass aus dem Leben von der Substanz wieder neue Stärke für Deutschland gewonnen werden muss. Ich bin überzeugt: Das geht nur mit uns.

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir einander. Ich brauche die Hilfe der ganzen Partei, die Anregungen, die Ideen und die Kritik jedes Einzelnen: all unserer fast 600.000 Mitglieder, der Vertreter unserer Orts-, Kreis- und Stadtverbände, der Bezirks- und Landesverbände, der Vereinigungen, unserer Abgeordneten in Kommunalparlamenten, den Landtagen und dem Deutschen Bundestag. Wir brauchen auch das Engagement kritischer Leute, die sehr aufmerksam zuhören, wie wir mit ihnen sprechen und was wir sagen. Wir müssen mit ihnen allen ein Bündnis für die Zukunft eingehen. Das Ziel ist zu groß, als dass wir auch nur auf einen Einzigen verzichten könnten.

Ich habe in meinem Leben erlebt, dass Träume Wirklichkeit wurden. Die Wiedervereinigung zu erleben war ein solcher Traum. Nie wieder Angst bei der Fahrt von West nach Ost! Nie wieder Trennung von Familien, ohne zu wissen, ob man sich wieder sieht! Nie wieder die Stille in den Zügen aus dem Westen, die in Magdeburg in die Kontrolle der DDR kamen! Nie wieder die Angst vor Spitzelei! Das alles zu überwinden war ein echter Traum und er ist wahr geworden. Deutschland nach vorne zu bringen ist kein Traum. Deutschland nach vorne zu bringen erfordert nur eines: entschlossenes Handeln mit klarem Kompass, nicht mehr und nicht weniger.

Ich bin fest davon überzeugt: Wir werden es schaffen, dieses Ziel zu erreichen. Wir werden es schaffen, Deutschlands Chancen zu nutzen. Wir werden es schaffen, weil wir es schaffen müssen. Deutschland hat überhaupt keine andere Wahl. Dafür bitte ich Sie heute um Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(langanhaltender, lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich – Rhythmischer Klatschen)